

Bürger für Bürger - oder doch jeder für sich?

Eigentlich will kein Mensch Streit. Privat nicht, im Beruf nicht und schon gar nicht bei Ausübung eines Ehrenamtes. Das gilt auch für Kommunalpolitiker. Denn letztlich ist so ein Ratsmandat ja ein Hobby, das viel Zeit in Anspruch nimmt. Ärgerlich ist es dann, wenn einem der Streit aufgezwungen wird. Zum Beispiel durch falsche oder halb wahre Behauptungen. Wenn damit dann auch noch Stimmung gemacht wird, die auf eine persönliche Ebene geht, ist das nicht mehr in Ordnung.

Bauausschusssitzung war so nicht tragbar

So geschehen auf der letzten Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Dort waren die Hunde das Thema. Gezielt wurde die Stimmung im Vorfeld der Sitzung mit Unwahrheiten aufgeheizt. Direkt vor dem Sitzungsraum wurden auch noch Flugblätter der Gruppe Bürger für Bürger verteilt, um noch mehr Stimmung zu machen. Das Ergebnis war für alle unbefriedigend.

In der hitzigen Atmosphäre war eine reguläre Sitzung nicht mehr möglich. Denn zugehört hat eigentlich niemand mehr. Argumente wurden nicht ausgetauscht, sondern wie Giftpfeile hin und her geschossen. Da hat Politik in der Tat kein besonders gutes Bild abgegeben. Statt zu versuchen, das Thema zu erörtern, wurde diskutiert, wer wo sitzen darf und wer, wann, wie lange etwas sagen darf. Da hätten wir als Bürger auch keine Lust zu. Wir dürfen die Leser an dieser Stelle aber beruhigen - so finden Sitzungen in der Regel nicht statt!

Keine vorschnellen Urteile zur Sitzungsleitung

Dem Ausschussvorsitzenden, ein Ratskollege von der FDP, wurde hinterher eine schlechte Sitzungsleitung vorgeworfen. Doch sollte man mit vorschnellen Urteilen vorsichtig sein. Wir hätten gerne gesehen, wie ein anderes Ratsmitglied oder einer der anwesenden Bürger unter diesem Druck reagiert hätten. Richtig wäre es gewesen, diese Sitzung abzubrechen und zu vertagen. Doch der Druck von fast 100 Menschen, in gereizter Stimmung in einem zu kleinen Saal hat den Vorsitzenden davon abgehalten. Mensch-

lich ist das gut zu verstehen. Es hätte sicherlich keinen in diesem Raum gegeben, der die Sitzung abgebrochen hätte. Und deshalb sollte jeder mit einem Urteil besser zurückhaltend sein.

Politikverdrossenheit wird geschürt

Politikverdrossenheit - das Wort kursiert immer wieder. Und schnell wird eine Meinung zur Stimmung gemacht. Doch macht man es sich zu einfach, mit dem Finger auf Politiker zu zeigen. Wer will es denn einem Ratsmitglied absprechen, ganz gleich von welcher Partei, dass versucht wird, die beste Lösung für ein Problem zu finden? Wir machen das nicht. Nicht einmal bei Herrn Just und seiner Wählergruppe Bürger für Bürger.

Doch fragen wir uns immer öfter, was treibt diese Gruppe wirklich um? Denn mit konstruktiven Vorschlägen kann die Gruppe in der Ratsarbeit kaum aufwarten.

Welche Antworten hat BfB auf die offenen Fragen in unserer Stadt?

Wir wüssten gerne, wie BfB mit der Finanzkrise in unserer Stadt umgehen möchte. Auch die Vorschläge zur Stadtentwicklung, Kinderbetreuung, zum Thema "Altersgerechte Gesellschaft" oder Wirtschaftsförderung würden uns brennend interessieren. Doch die gibt es leider nicht. Statt dessen wird polemisch Stimmung gemacht gegen die Vorschläge, die von anderen Parteien eingebracht werden. Das ist einfach, das ist auch populär, weil ja die Vorurteile gegenüber anderen Parteien geschürt werden, nur helfen tut es unserer Stadt und den Menschen darin nicht.

Bürger für Bürger erwecken den Eindruck, dass die anderen Parteien, im Augenblick besonders die CDU, keine Ahnung haben, ihre Ratsmandate nur für die eigene Eitelkeit brauchen und sich für die wirklichen Probleme nicht interessieren. Wir können das nicht bestätigen. Politische Arbeit ist mühsam - erst Recht, wenn viele Bedürfnisse bei Entscheidungen zu berücksichtigen sind. Wir geben die Hoffnung nicht auf. Wir werden weiter fragen, wie BfB die Aufgaben unserer Stadt lösen will.

Leinenzwang - die Tatsachen und die Dichtung

Schortens. Kaum ein Thema hat die Politik und die Öffentlichkeit in Schortens so beschäftigt, wie die Debatte um einen angeblich generellen Leinenzwang für Hunde in unserer Stadt. Allerdings wurde dieses Thema auch zur Stimmungsmache missbraucht.

Zu den Tatsachen in dieser Diskussion gehört, dass dieser Antrag nichts mit dem Leinenzwang in der Hohen Gest zu tun hat. *Zu diesem Thema lesen Sie mehr auf den folgenden Seiten.*

Die Tatsachen zum CDU Antrag

Der Antrag von CDU und Mehrheitskooperation ist eindeutig. Dort heißt es wörtlich unter Punkt 2: "Durchsetzung des **bestehenden** Leinenzwangs für Hunde in allen Wohn- und Geschäftsbereichen der Stadt Schortens". Diese Aussage bedeutet:

Keine Ausweitung des Leinenzwanges, sondern Durchsetzung der bestehenden Regelung.

Das derzeit gültige Ortsrecht können Sie im Internet unter <http://www.schortens.de/632-0-satzungen-ortsrecht.html> einsehen.

Des Weiteren wird von uns beantragt:

- Ausweisung und Beschilderung des Geländes am Huntsteert als Freilauffläche.
- Klar formulierte Bußgelder bei Zuwiderhandlung gegen den bestehenden Leinenzwang und der Verpflichtung, Hundekot von der Straße zu entfernen.
- Einstellung von Mitarbeitern auf 400,- € Basis, damit das bestehende Recht auch durchgesetzt werden kann.

Nur diese Punkte hat die CDU beantragt. Dieser Antrag kann in den Sitzungsunterlagen nachgelesen werden. Alles weitere ist Stimmungsmache

von Ratsmitgliedern, die darauf setzen, die Öffentliche Meinung zu manipulieren.

Warum dieser Antrag?

Seit fast eineinhalb Jahren wird dieses Thema bei der CDU diskutiert. Und zwar, weil sowohl Ratsmitglieder wie auch Vorstandsmitglieder von Bürgern angesprochen worden sind. Zum einen, weil es immer wieder zu Vorfällen zwischen Hundehaltern und Spaziergängern kommt. Und zum anderen, weil das Ärgernis Hundekot auf den öffentlichen Wegen und Plätzen in den letzten Jahren zugenommen hat.

Es gibt Menschen in unserer Stadt, die trauen sich nicht mehr, in bestimmten Bereichen wie dem Klosterpark spazieren oder joggen zu gehen, weil sie dort mehrfach von Hunden angesprungen worden sind. Bei allem berechtigten Interesse der Hundebesitzer haben aber auch die Menschen ohne Hund ein Recht, sich frei in Schortens bewegen zu können.

Klare Regelung für alle

Nach Angaben des Ordnungsamtes kommt es durchschnittlich zu einer Anzeige im Monat in Folge eines Übergriffes durch einen Hund. Klar ist aber auch, dass die Dunkelziffer höher liegt. Wir brauchen in unserer Stadt eine klare Regelung. Ein Spaziergänger oder Jogger muss wissen, wo er mit frei laufenden Hunden zu rechnen hat. Dort sollte er sich dann nicht aufhalten. Und die Hundebesitzer müssen wissen, wo ihr Hund laufen darf.

Wenn das klar ist, muss diese Regelung gelten und vor allem auch durchgesetzt werden. Ein Blick ins Ortsrecht zeigt, dass bis auf wenige Bereiche das Freilaufen von Hunden in Schortens möglich ist.

Fortsetzung auf der nächsten Seite....

Liebe Bürgerinnen, Liebe Bürger,

Die CDU in Schortens wird Sie künftig regelmäßig auf diesem Wege über aktuelle politische Diskussionen informieren. Wenn Sie Fragen haben, nehmen Sie gerne Kontakt mit uns auf. Gerne stellen wir uns auch der öffentlichen Diskussion.

Unter www.cdu-schortens.de oder www.wir-kuemmern-uns.info können Sie direkt Fragen an die Ratsmitglieder und die Partei stellen. Wir freuen uns auf Ihre Anregungen.

Fortsetzung von Seite 1

Deshalb ist es besonders ärgerlich, wenn von einer Fraktion im Stadtrat eine Kampagne zur Stimmungsmache gefahren wird. Da wird versucht, einen scheinbaren Skandal zu verhindern. Und in Wirklichkeit bleibt dann übrig, dass bestehendes Recht umgesetzt werden soll. Theoretisch sind schon jetzt Ordnungs- und Bußgelder bis 10.000 € möglich. Nur ist es dem Ordnungsamt mit dem aktuelle Personalstamm nicht möglich, entsprechende Kontrollen durchzuführen. Und das gilt nicht nur für Hundebesitzer. Auch diejenigen, die Müll auf die Straße

werfen oder gegen bestehendes Ortsrecht verstießen, müssen künftig mit mehr Kontrollen rechnen.

Eine Diskriminierung findet nicht statt

Der CDU ist dabei völlig klar, dass sich die Mehrheit der Hundebesitzer rücksichtsvoll mit ihrem Hund verhält. Deshalb kann von einer Diskriminierung keine Rede sein. Wir erhöhen mit unserem Antrag die Wahrscheinlichkeit, dass die Schwarzen Schafe nun auch erwischt und zur Kasse gebeten werden. Das sollte im Interesse aller Bürger sein - ob nun mit oder ohne Hund.

Verwirrspiel um Leinenzwang an der Hohen Gast

Schortens. Auch zum Thema Leinenzwang in der Hohen Gast wurde gezielt Stimmung gemacht. Vor allem gegen die CDU. Dabei ist die Aufhebung der Freilauffläche am 29. April 2009 **einstimmig** (also auch mit den Stimmen von BfB, SPD, Grünen und Linken) beschlossen worden. **Warum wurde die Freilauffläche Hohe Gast aufgehoben?**

Für eine gewisse Zeit wurde seitens der Stadt das Freilaufen von Hunden in diesem Bereich geduldet. Weil es aber auch dort Beschwerden von Anwohnern gab, wurde darüber nachgedacht, diesen Bereich einzuzäunen. Nach Prüfung durch die Stadt ergab sich nach Rücksprache mit Hundehaltern, Tierärzten und weiteren Fachleuten: Diese Fläche ist als Freilauf nicht geeignet, weil sie zu klein ist. Darauf hin hat die Verwaltung dem Rat vorgeschlagen, diese Fläche nicht mehr als Freilauf bestehen zu lassen. Diesem Vorschlag folgte der Rat, wie gesagt, einstimmig!

Unterschriftensammlung und erneutes Gespräch mit den Hundehaltern

Nach diesem Beschluss regte sich Widerstand der Hundehalter. Es wurden rund 150 Unterschriften gegen diesen Beschluss gesammelt. Also wurde die Verwaltung gebeten, erneut ein Gespräch mit den Hundehaltern zu führen. In diesem Gespräch wurde von den Vertretern der Hundebesitzer der Vorschlag gemacht, wenigstens die Sandkuhle in diesem Bereich einzuzäunen. Und genau das

steht jetzt zur Beratung und Abstimmung. Die Aufregung, die in diesem Bereich entstanden ist, kann sich die CDU nur so erklären, dass die Vertreter der Hundebesitzer dieses Gesprächsergebnis nicht weitergegeben haben. Deshalb ist es Unsinn, die CDU dafür verantwortlich zu machen.

Lösungen ohne Krawall suchen

Es muss für diesen Bereich nun eine Lösung gefunden werden, der Hundehalter wie auch Anwohner und Spaziergänger gleichermaßen berücksichtigt. Ein Lösungsansatz ist es, die Sandkuhle einzuzäunen und gleichzeitig die Initiative "Leinen los" am Hunteert zu unterstützen. Damit gibt es klare Verhältnisse für alle.

Inszeniertes Theater von BfB

Ohne das von Herrn Just und Bürger für Bürger inszenierte Theater mit dem Verteilen von Flugblättern und reißerischen Parolen könnten wir schon lange weiter sein. Dann hätten die Möglichkeiten in Ruhe mit den beteiligten diskutiert werden können. Jetzt ist das kaum noch möglich. Wir haben eine Verordnung über das Führen von Hunden in der Öffentlichkeit. Die wurde im Jahr 2000 einstimmig vom Rat beschlossen. Da hat auch Herr Just von Bürger für Bürger mit Ja gestimmt. Seine Fraktion ist damals mit einem Antrag auf Ausweitung des Leinenzwangs auf weitere Gebiete der Stadt Schortens nicht durchgekommen. Das kann man im Protokoll nachlesen.

Finanzkrise macht auch Schortens schwer zu schaffen

Schortens. Die gute Nachricht vorweg: Mit der CDU und der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat wird es 2010 keine Steuererhöhungen geben. Die Finanz- und Wirtschaftskrise macht auch der Stadt Schortens zu schaffen. Wir müssen davon ausgehen, dass im kommenden Jahr rund 1,9 Millionen € fehlen. Ursache hierfür sind die zurückgehenden Steuereinnahmen und die Reduzierung der Mittel, die Schortens vom Land Niedersachsen erhält. Ohne die Wirtschaftskrise wäre der Haushalt der Stadt Schortens nahezu ausgeglichen und es gäbe keine Neuverschuldung.

Viele wichtige Vorhaben müssen nun warten

Es ist besonders schade, dass unsere Stadt gerade jetzt unverschuldet in Probleme gerät. In den letzten beiden Jahren sind viele wichtige Themen angeschoben worden, die nun ob der knappen Finanzen zunächst einmal warten müssen. Dazu zählt der Umbau des Aqua-Toll, das mit rückläufigen Besucherzahlen zu kämpfen hat. Aber auch die Umsiedlung des HFC nach Schoost, die Umstrukturierung des Bürgerhauses oder die Herrichtung des Klosterparks sind zumindest im kommenden Jahr nicht finanzierbar.

Wir haben eine klare Priorität.

Keine weiteren Schulden.

Wir können nicht mehr ausgeben, als da ist. Da geht es einer Stadt nicht anders, als einem Privathaushalt. Die rund 11 Mio. € Schulden, die von der Stadt schon jetzt bezahlt werden müssen, sorgen für Kosten von rund 600.000 € im Jahr für Zins und Tilgung. Deshalb müssen wir jetzt handeln. Leider ist es für 2010 kaum zu verhindern, dass neue Schulden hinzukommen. Deshalb müssen Politik und Verwaltung jetzt dafür sorgen, dass 2010 nicht mehr neue Schulden entstehen, als unvermeidbar. Aber: Ganz werden wir neue Schulden nicht vermeiden können, wenn wir unsere Stadt nicht kaputt sparen wollen. So dürfen die zusätzlichen Kosten, die durch die umfangreiche Kinderbetreuung entstehen, nicht

Bestandteil der Einsparungen sein. Dennoch werden wir um Einschnitte, zumindest im kommenden Jahr, nicht herumkommen.

Einnahmen ohne Steuererhöhung verbessern

Gemeinsam mit ihren Partnern wird die CDU den Haushaltsentwurf genau unter die Lupe nehmen. Grundsätzlich muss die Stadt überlegen, wie die Einnahmen auch ohne Steuererhöhungen verbessert werden können.

Ein wesentlicher Punkt ist hier das Stadtmarketing. Wir erhoffen uns weitere Ansiedlungen von Unternehmen in unserer Stadt. Allerdings muss die Politik die Verwaltung in die Pflicht nehmen. Bevor wir einen Haushalt für 2010 beschließen, wollen wir von den einzelnen Bereichen der Stadtverwaltung wissen, welche Ziele im kommenden Jahr erreicht werden sollen. Heißt zum Beispiel, dass die Marketingabteilung schon jetzt sagen muss, wie viele Gewerbesteuereinnahmen verkauft werden sollen und wie das erreicht werden kann. Und diese Zielvereinbarungen möchten wir für alle Fachbereiche in der Stadtverwaltung.

Neuverschuldung vermeiden -

Schulden dauerhaft abbauen.

Nach derzeitigem Stand wird der Haushalt für das kommende Jahr frühestens im Januar 2010 beschlossen. Diese Zeit müssen wir nutzen, mit konkreten Maßnahmen die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten. Ziel unserer Politik ist es, nicht nur keine Schulden mehr zu machen, sondern in den kommenden Jahren unsere Schulden ganz abzubauen. Dazu werden viele Anstrengungen erforderlich sein, die manchmal unpopulär sind. Wir haben keine andere Wahl. Wenn wir unsere Stadt lebenswert halten wollen, müssen wir von den Schulden runter. Und das geht mit mehr Einnahmen durch mehr Arbeitsplätze in Schortens und durch eine gesteigerte Effizienz bei den Ausgaben. Und da werden wir in den kommenden Jahren noch genauer hinschauen.